

WIR HOLEN DIE STADT ZURÜCK

Halbzeitbilanz nach zweieinhalb Jahren
linker Beteiligung an der
rot-rot-grünen Regierung in Berlin.

DIE LINKE.
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Vorwort	3
Investieren und Berlin sanieren	4
Armut bekämpfen	5
Bezahlbare Mieten und soziale Stadtentwicklung	8
Gute Arbeit	14
Beste Bildungschancen	17
Inklusives Berlin	21
Vielfältige Stadt	22
Gleichstellung	23
Integration statt Ausgrenzung	25
Mobil in der Stadt	28
Energie, Klima-, Umwelt- und Tierschutz	31
Kultur für Alle	34
Gesundheit	38
Funktionierende Verwaltung, starke Bezirke	41
Sicherheit statt Überwachung	42
Sport	44
Wissenschaft	46



Als Linke in Regierungsverantwortung haben wir uns viel vorgenommen: Berlin wieder zum Funktionieren zu bringen, Schulen und Kitas zu bauen und sanieren, Armut zu bekämpfen, den steigenden Mieten und der Verdrängung entgegenzutreten und eine ökologische Energie- und Verkehrswende einzuleiten. Die Stadt gehört allen Berlinerinnen und Berlinern. Wir wollen möglichst viele Wohnungen und Grundstücke, die Energienetze und die Infrastruktur wieder in die öffentliche Hand zurückholen, damit sie allen zugutekommen. Hier steht, was wir in zweieinhalb Jahren mit Rot-Rot-Grün bereits umsetzen und in die Wege leiten konnten.

Carola Bluhm und **Udo Wolf**
Vorsitzende, Linksfraktion Berlin



INVESTIEREN UND BERLIN SANIEREN

■ Mit dem Ende 2017 beschlossenen **Landeshaushalt** für die Jahre 2018 und 2019 ist die rot-rot-grüne Koalition den bislang wichtigsten Schritt zur Finanzierung des Koalitionsprogramms gegangen. Um die marode öffentliche Infrastruktur der Stadt wieder in Schuss zu bringen, wurde eine Investitionsoffensive gestartet und die Ausgaben für Investitionen im Haushalt auf über 2,2 Milliarden Euro pro Jahr angehoben. Der gesamte Landeshaushalt

hat ein Volumen von 28,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 und rund 29,4 Milliarden Euro im Jahr 2019. Die Linksfraktion Berlin hat sich dafür eingesetzt, dass für 2018 und 2019 zudem ein Nachtragshaushalt beschlossen und Rücklagen für künftige Investitionen gebildet werden. Damit können nochmal etwa 1,2 Milliarden Euro zusätzlich in Berlins Infrastruktur investiert werden. Möglich wird das durch die großen Überschüsse des Landes durch höhere Steuereinnahmen.

ARMUT BEKÄMPFEN

■ Die Richtwerte für die von den **Jobcentern** oder Sozialämtern übernommenen Mieten von Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Leistungen der Grundsicherung bekommen, wurden angehoben. Dadurch werden seit Anfang 2018 die Mieten von fast 50.000 Bedarfsgemeinschaften mit etwa 100.000 Menschen, die sich bislang die Miete vom Munde absparen mussten, wieder vollständig übernommen.

■ Der Preis für das **Sozialticket** (Berlin-Ticket S) für Bus und Bahn wurde bereits zum 1. Juli 2017 von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt. Das **Schülerticket** ist für Schüler*innen mit berlinpass seit August 2018 kostenlos. Aufgrund von festgelegten Kilometergrenzen, hatten Kinder, die zu nah an der Schule wohnen, bislang keine Berechtigung auf Ermäßigung. Diese Grenzen sind zum

Februar 2019 weggefallen, damit alle Kinder, die einen berlinpass haben, auch das kostenlose Schülerticket bekommen können. Ab Sommer 2019 wird das Schülerticket schließlich für alle Schüler*innen kostenlos.

■ Seit Februar 2018 können auch Empfänger*innen von Wohngeld und von SED-Opferrente sowie Verfolgte des Naziregimes den **berlinpass** und damit sowohl das ermäßigte Berlin-Ticket S als auch vergünstigten Eintritt bei zahlreichen Bildungs- und Kultureinrichtungen bekommen.

■ Im Rahmen der **Kältehilfe** wurden mit in Spitzenzeiten bis zu 1.200 Plätzen so viele Möglichkeiten zur Notübernachtung für Obdachlose wie noch nie eingerichtet. Die Kältehilfe ist außerdem um zwei Monate verlängert worden, in denen jeweils 500 Plätze zur Verfügung stehen (Oktober und April). Weil manche Obdachlose aus verschiedenen Gründen nicht in die Notübernachtungen gehen, wurden die U-Bahnhöfe Moritzplatz und Lichtenberg nachts offengehalten und mit sozialer Betreuung und Toiletten ausgestattet. In der Nähe des U-Bahnhofs Moritzplatz wurden Anfang März 2019 beheizte Container aufgestellt, die den Kältebahnhof ersetzen.

■ Zudem wurden im Frühjahr 2017 eine Notunterkunft für von **Wohnungslosigkeit** bedrohte Frauen und im Herbst eine für Familien eröffnet. Im Herbst 2018 wurde ein weiteres neues Wohnheim für wohnungslose Menschen mit 400 Plätzen eröffnet. Im Haushalt für

2018/2019 wurden die Ausgaben, um Menschen vor Obdachlosigkeit zu schützen, deutlich erhöht. Hilfsangebote für Wohnungslose werden ausgebaut, die Straßensozialarbeit und die Bahnmissionsmission gestärkt und die Öffnungszeiten des Hygienecontainers am Bahnhof Zoo verlängert.

■ Gemeinsam mit den Akteur*innen der Wohnungslosenhilfe entwickelt die linke Sozialsenatorin Elke Breitenbach derzeit eine **Strategie gegen Wohnungslosigkeit** für die gesamte Stadt. Die neuen Leitlinien sollen 2019 beschlossen werden.

■ Bei dem im Oktober 2018 angelaufenen Projekt „**Housing First**“ sollen bis zu 80 wohnungslose Menschen ihre eigene Wohnung bekommen - ohne Bedingungen.

■ Um Strom- und Gassperren zu verhindern, hat Rot-Rot-Grün eine unabhängige **Energieschuldenberatung** finanziert, die im März 2018 bei der Verbraucherzentrale eröffnet worden ist. Auch die Schuldner und Insolvenzberatungen in den Bezirken werden ausgebaut.

■ Die **Landeskommission** zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut hat die Arbeit aufgenommen.

■ **Alleinerziehende** sind besonders oft von Armut betroffen. Rot-Rot-Grün hat deshalb in Lichtenberg, Mitte

und Neukölln drei neue Anlaufstellen für sie eingerichtet. Diese bieten Alleinerziehenden Unterstützung bei Fragen und Problemen des täglichen Lebens

■ Im Bundesrat soll sich der Senat für die **Streichung von Sanktionen im HartzIV-System** einsetzen – als einen ersten Schritt konkret für unter 25-jährige, für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und bei den Kosten der Unterkunft.

BEZAHLBARE MIETEN UND SOZIALE STADTENTWICKLUNG

■ Die **landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften** sind für uns das Rückgrat einer sozialen Wohnungspolitik. Durch Neubau und Zukauf wollen wir den Bestand der landeseigenen Wohnungen deutlich erhöhen. Die linke Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher hat dafür eine Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geschlossen. Bei Neubauprojekten der Landeseigenen muss mindestens die Hälfte der Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden für 6,50 Euro pro Quadratmeter an Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet werden. Dasselbe gilt für 60 Prozent der vorhandenen Wohnungen, die wieder vermietet werden. Von diesen 60 Prozent müssen wiederum 25 Prozent der Wohnungen an besondere Bedarfsgruppen, wie

zum Beispiel Wohnungslose oder Geflüchtete, vermietet werden. Diese Vorgabe haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen laut einem ersten Bericht mit einer durchschnittlich erreichten Quote von 32 Prozent sogar übererfüllt.

■ **Mietsteigerungen** bei landeseigenen Wohnungen wurden auf maximal zwei Prozent jährlich **begrenzt**. Die Modernisierungsumlage wurde auf sechs Prozent abgesenkt. Nach einer Modernisierung darf die Nettokaltmiete höchstens zehn Prozent höher sein als die ortsübliche Vergleichsmiete. Auf Antrag von Mieter*innen können individuelle Modernisierungsvereinbarungen abgeschlossen werden.



■ Im **sozialen Wohnungsbau** gab es 2017, 2018 und 2019 für etwa 46.000 Haushalte keine Mieterhöhung. Mieten dürfen im sozialen Wohnungsbau nicht mehr rückwirkend erhöht werden.

Sozialmieter*innen haben jetzt bereits einen Anspruch auf Mietzuschüsse, wenn ihre Warmmiete – statt wie bisher die Kaltmiete – ein Drittel ihres Einkommens übersteigt. Die Höhe des maximalen Mietzuschusses wurde von 2,50 Euro auf 5 Euro pro Quadratmeter angehoben.

■ Offene und kostenlose **Mieterberatungsstellen** sind bereits in zehn von zwölf Bezirken eingerichtet worden. Seit Anfang 2019 können Menschen mit wenig Einkommen, wie Empfänger*innen von Transferleistungen und Asylbewerber*innen, durch Kooperationsverträge mit Mieterverbänden einen **kostenlosen Rechtsschutz** bekommen. Dadurch können sich auch Mieter*innen mit wenig Geld gegen unberechtigte Forderungen ihrer Vermieter zur Wehr setzen.

■ Bei großen **Neubauprojekten** privater Bauherren müssen mindestens 30 Prozent der Wohnflächen mietpreis- und belegungsgebunden vermietet werden, statt wie zuvor 25 Prozent der Wohnungen.

■ Um neuen Wohnraum zu schaffen, werden 14 **neue Stadtquartiere** vom Senat unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt.

■ Um Anwohner*innen bei Neubauprojekten frühzeitig einzubeziehen, werden derzeit neue Richtlinien für mehr **Bürgerbeteiligung** entwickelt. Bei einigen besonders umstrittenen Projekten (Fischerinsel, Michelangelostraße, Friedrichshain West) konnten wir erreichen, dass die bisherigen Pläne überarbeitet werden.

■ **Genossenschaften** bekommen eine neue Förderung in Höhe von 20 Millionen Euro sowie Grundstücke, damit sie dort preiswerte Wohnungen bauen können. Zusätzlich werden WBS-berechtigte Haushalte dabei unterstützt, Genossenschaftsanteile zu kaufen.

■ Auch das **Personal** in den Verwaltungen für den Bereich Bauen und Wohnen wurde deutlich aufgestockt, um zum Beispiel Bauanträge schneller zu bearbeiten. 2017 sind 120 Stellen in den Bezirken finanziert worden und 2018 kamen 100 Stellen bei Bezirken und Senatsverwaltungen dazu.

■ Um Mieterinnen und Mieter vor Spekulation und Verdrängung zu schützen und bezahlbare Mieten langfristig zu sichern, wollen wir als Linksfraktion möglichst viele Wohnungen in öffentliches Eigentum bringen. Ein Mittel dazu ist das **Vorkaufsrecht**, mit dem die Bezirke Häuser in Milieuschutzgebieten, die verkauft werden sollen, in die öffentliche Hand bringen können. Bereits 39 mal haben die Bezirke davon Gebrauch gemacht. 93 mal konnten die Käufer*innen der Häuser zudem durch so-

genannte Abwendungsvereinbarungen dazu verpflichtet werden, die Ziele des Milieuschutzes einzuhalten. Damit wurden insgesamt bislang 3.900 Wohnungen gesichert (Stand 3/2019). Der Senat hat außerdem mehrere Vorkaufsrechtsverordnungen erlassen, um Flächen für eine soziale Stadtentwicklung zu sichern.

■ **Die Stadt zurückkaufen:** Viele Wohnungen konnten gezielt von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften angekauft werden. Beispiele sind das Neue Kreuzberger Zentrum am Kottbusser Tor mit 295 Wohnungen, das Pallasseum in Schöneberg mit 514 Wohnungen und das Kosmosviertel in Treptow-Köpenick mit 1.821 Wohnungen. In Neukölln, im Ortsteil Buckow haben die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften WBM und Gewobag insgesamt 913 Wohneinheiten angekauft. Durch Zusammenarbeit von Senat, Bezirk und Mieter*innen konnten an der Karl-Marx-Allee in Friedrichshain etliche Wohnungen vor dem Verkauf an die Deutsche Wohnen gerettet werden. Insgesamt wurden bereits über 7.000 Wohnungen angekauft. Als Linksfraktion setzen wir uns in den Haushaltsverhandlungen dafür ein, dass mehr Geld für Ankäufe zur Verfügung gestellt wird.

■ Um besser gegen illegale Ferienwohnungen und spekulativen Leerstand vorgehen zu können, wurde das **Verbot der Zweckentfremdung** von Wohnraum verschärft. Für Ferienwohnungen wurde eine Registrierungspflicht eingeführt. Wohnungen sollen zum dauerhaften Wohnen

da sein; kurzzeitige Weitervermietungen müssen deshalb durch die Bezirksämter genehmigt werden. Träger von sozialen Einrichtungen, wie zum Beispiel betreutes Wohnen, sorgen für Wohnraum und fallen deshalb nicht unter das Verbot.

■ Um vorhandenen Wohnraum sinnvoller aufzuteilen, haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen im September 2018 eine **Online-Wohnungstauschbörse** eingeführt. Damit können die Mieter*innen der landeseigenen Wohnungen über die Grenzen der jeweiligen Wohnungsbaugesellschaft hinweg ihre Wohnungen untereinander tauschen, etwa wenn Ältere sich verkleinern und junge Familien sich vergrößern wollen. Die jeweiligen Nettokaltmieten beider Wohnungen bleiben dabei unverändert.

■ Die **Zweitwohnungssteuer** wurde ab 2019 erhöht.

■ Wichtige Immobilien und Grundstücke für Wohnungsbau, Kultur und Bildung wie das **Haus der Statistik** konnten mit dem Hauptstadtfinanzierungsvertrag an Berlin übertragen beziehungsweise von Berlin erworben werden.

■ Wir wollen, dass die Grundstücke und Gebäude, die dem Bund gehören, für das Gemeinwohl genutzt, anstatt zu Höchstpreisen verkauft werden. Die von Berlin dazu eingebrachte **Bundesratsinitiative** wurde ange-

nommen. Der Bund möchte nun seine Grundstücke für soziale Zwecke verbilligt an das Land Berlin abgeben. Weitere Bundesratsinitiativen zu Mietzahlungsverzug, zur Verschärfung der Mietpreislösung, für ein soziales Mietrecht und zum Schutz von Mietverträgen von Gewerbetreibenden wurden gestartet.

■ Wir wollen die **Kleingärten** schützen und erhalten. In einem ersten Schritt werden deshalb die Schutzfristen für Kleingärten auf landeseigenen Flächen bis 2030 verlängert.

■ Landeseigene Grundstücke, die für Wohnungsbau geeignet sind, werden künftig nur noch mit **Erbbaurechten** verpachtet und nicht mehr verkauft. Wir als Linksfraktion wollen, dass landeseigene Grundstücke grundsätzlich nicht mehr verkauft werden und setzen uns dafür ein, das auch per Gesetz festzulegen.

GUTE ARBEIT

■ Die rot-rot-grüne Koalition hat den Internationalen Frauentag am 8. März zum **neuen Feiertag** für Berlin gemacht.

Wir Linken konnten zudem erreichen, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus anlässlich des 75. Jahrestages 2020 als einmaliger Feiertag begangen und dauerhaft als Gedenktag gewürdigt wird.

■ Rot-Rot-Grün hat die **Mindestlöhne** bei den landeseigenen Betrieben, bei Empfängern von Zuschüssen des Landes und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf neun Euro pro Stunde angehoben. Um Armut in der Stadt zurückzudrängen, will die Linksfraktion, dass die Berliner Mindestlöhne weiter deutlich steigen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie mindestens an die unterste Lohngruppe des Tarifvertrages der Länder angepasst werden. Wir wollen, dass nur Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die sich dazu verpflichten, ortsübliche Tarife zu bezahlen. Deshalb setzt sich die Linksfraktion für eine umfassende Tariftreueregelung im Vergabegesetz ein.

■ Die rot-rot-grüne Koalition hat beschlossen, dass **kei-**



ne sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst und bei den landeseigenen Unternehmen mehr erfolgen sollen.

■ Im Haushalt ist für 2018 und 2019 Vorsorge getroffen worden, um auch in Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, gute Arbeit und **tarifgebundene Bezahlung** gewährleisten zu können.

■ Rot-Rot-Grün will die Arbeitsbedingungen bei Trägern von sozialen Einrichtungen, die Zuwendungen vom Land oder von den Bezirken bekommen, verbessern. Deshalb haben wir im Haushalt Mittel für **Tariferhöhungen** bereitgestellt und es wird kontrolliert, dass diese auch wirklich bei den Beschäftigten ankommen.

■ Um Dozent*innen an den **Volkshochschulen** besser bezahlen zu können, bekommen die Bezirke mehr Geld.

■ Die Bezirke erhalten deutlich mehr Mittel, um Lehrer*innen an **Musikschulen** fest anstellen zu können.

■ Das Land Berlin hat sich in den Tarifverhandlungen im Rahmen des Tarifvertrags der Länder (TV-L) dafür eingesetzt, dass **Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen** im Dienst des Landes deutlich besser bezahlt werden. Die Tarifverhandlungen haben eine Angleichung ihrer Gehälter an das Niveau des Bundes (TVÖD) ab Januar 2020 ergeben.

■ Beim Ordnungsamt Pankow wurde eine für ganz Berlin zuständige Stelle zur **Bekämpfung von Schwarzarbeit** eingerichtet, die sich als fester und anerkannter Bestandteil im Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung etabliert hat.

■ Nachdem die Bundesregierung und andere Bundesländer nicht bereit waren, sich an einer Lösung für alle von der **Air-Berlin**-Pleite betroffenen Mitarbeiter*innen zu beteiligen, ließ der Senat die Berliner Beschäftigten nicht im Regen stehen und unterstützte die Gründung einer Transfergesellschaft für sie.

BESTE BILDUNGSCHANCEN

■ Seit August 2018 sind alle **Kitajahre** in Berlin **kostenlos**. Um zu verhindern, dass Kitas erster und zweiter Klasse entstehen, weil Träger hohe Zusatzbeiträge verlangen, wurden diese Beiträge stark eingeschränkt.

■ In der Kita wurde die **Bedarfsprüfung abgeschafft**; alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr haben seit Anfang 2018 Anspruch auf eine 7-Stunden-Betreuung pro Tag.

■ Etwa 173.000 Plätze stehen gegenwärtig in Kitas und in Tagespflege zur Verfügung. Das reicht aber noch nicht. Daher werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass noch **mehr Plätze** geschaffen werden. Das Ziel

sind 193.000 Plätze bis 2021. Dafür brauchen wir gut ausgebildete und motivierte Erzieher*innen und beste Bildungsqualität für alle Kinder.

■ Auch im **Schulhort** werden ab August 2019 in einem ersten Schritt die Bedarfsprüfung und die Gebühren für die erste und zweite Klasse abgeschafft.

■ Der Einstieg in die **Lehrmittelfreiheit** entlastet das Familienbudget zusätzlich; die Schulbücher für Grundschulkindern sind seit Sommer 2018 kostenlos.

■ Das **Schulessen** für Grundschüler*innen in der ersten bis zur sechsten Klasse wird ab Schuljahr 2019/2020 beitragsfrei. Das Geld dafür haben die rot-rot-grünen Fraktionen in den Nachtragshaushalt eingeplant.

■ Als erstes Bundesland stellt Berlin **Grundschul-lehrer*innen** bei der Bezahlung mit den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen gleich. Für Lehrer*innen, die neu eingestellt und für das neue Lehramt für Grundschulen ausgebildet wurden, ist dies bereits in Kraft. Ab dem 1. August 2019 werden auch die Lehrkräfte, die bereits seit mindestens vier Jahren an einer Grundschule unterrichten und eine Fortbildung absolviert haben, in die höhere Besoldungsgruppe wechseln.

■ Um sicherzustellen, dass **Quereinsteiger*innen** an Schulen qualifizierten Unterricht leisten können, wurde



ein Qualitätspaket in Höhe von 26 Millionen für 2018 und 33 Millionen für 2019 finanziert.

■ Lehrer*innen an **Brennpunktschulen** bekommen, rückwirkend ab Sommer 2018, eine Zulage von 300 Euro pro Monat. Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass Erzieher*innen an denselben Schulen eine höhere Tarif-Eingruppierung erhalten, auch dies passiert rückwirkend.

■ Um die maroden Schulen zu sanieren und neue zu bauen, hat Rot-Rot-Grün eine **Schulbauoffensive** ge-

startet. Bis zum Schuljahr 2025/26 erwartet Berlin einen Zuwachs von etwa 53.000 Schülerinnen und Schülern. Um schnell mehr Platz zu schaffen, wurden bereits etliche modulare Ergänzungsbauten errichtet. Für die Schulbauoffensive werden mindestens 5,5 Milliarden Euro benötigt. Damit werden weitere Ergänzungsbauten und rund 60 neue Schulen gebaut, davon 38 durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Für die erste Schule in Holzbauweise wurde im Februar 2019 bereits Richtfest gefeiert (ISS in Mahlsdorf). Für zwei weitere Schulen in Holzbauweise wurde der Grundstein gelegt.



■ Um die **Finanzierung** der Schulbauoffensive langfristig zu sichern und diese Mammutaufgabe auf verschiedene Schultern zu verteilen, wird die landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft HOWOGE mit Sanierung und Bau eines Teiles der Schulen beauftragt. Allein aus dem Landeshaus-halt kann das benötigte Geld nicht finanziert werden und das Land Berlin darf aufgrund der Schuldenbremse ab 2020 keine Kredite mehr aufnehmen. Die HOWOGE als landeseigenes Unternehmen ist davon jedoch nicht be-troffen und kann Kredite für den Schulbau aufnehmen.

■ Um Bildung besser zu finanzieren, wollen wir, dass das **Kooperationsverbot** zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich aufgehoben wird. Dazu hat Berlin im Herbst 2017 gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Initiative in den Bundesrat eingebracht.

■ Länger gemeinsam lernen: Die **Gemeinschaftsschu-le** wurde mit der Änderung des Schulgesetzes als eine reguläre Schulart im Schulgesetz verankert.

INKLUSIVES BERLIN

■ Wir treten für Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Rot-Rot-Grün hat das Landeswahlgesetz geändert und damit ein **inklusives Wahlrecht** für Berlin geschaffen. Manche Menschen mit Behinderungen wa-ren vorher vom Wahlrecht ausgeschlossen.

■ Wir stärken die **inklusive Schule**: Mit dem Doppelhaushalt wurden für 2018 zusätzlich 13,2 Millionen Euro und für 2019 zusätzlich 15,4 Millionen Euro gegenüber den Vorjahren zur Verfügung gestellt.

■ Das Projekt **Inklusionstaxi** wurde 2018 und 2019 mit 1,5 Millionen Euro finanziert. Hierbei handelt es sich um barrierefreie Taxen, die es Menschen im Rollstuhl ermöglichen, spontan ein Taxi zu bestellen.

■ Seit Anfang 2019 haben alle **taubblinden** Menschen Anspruch auf das Landespflegegeld.

■ Die Linksfraktion hat den Vorsitzenden des Berliner Behindertenverbands für den **Rundfunkrat** des rbb aufgestellt. Damit haben Menschen mit Behinderungen nun endlich auch eine Vertretung in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

VIELFÄLTIGE STADT

■ Für **Projekte gegen Rechts**, gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wurden im Haushalt für 2018 und 2019 deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Berlin hat als erstes Bundesland ein Landeskonzept zur Antisemitismus-Prävention beschlossen.

■ Wie im Koalitionsvertrag versprochen, verleiht Rot-

Rot-Grün der alten **Initiative sexuelle Vielfalt** aus den Jahren 2009/2011 neuen Schwung. Mit dem Maßnahmenplan für mehr Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt schaffen wir eine dauerhafte Struktur der Akzeptanzarbeit für LSBTIQ* in Berlin.

■ Anfang September 2018 wurde das von der rot-rot-grüne Koalition initiierte erste **queere Jugendzentrum** für die ganze Stadt in der Sonnenburger Straße 69 in Prenzlauer Berg eröffnet.

■ Mit dem jetzt vorliegenden **Jugendfördergesetz** stellen wir die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in der ganzen Stadt qualitativ und quantitativ völlig neu auf. Kernpunkt des neuen Gesetzes ist die dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Freizeitangebote.

GLEICHSTELLUNG

■ Wir wollen mehr **Frauen in technische Berufe** bringen. Deshalb haben die rot-rot-grünen Fraktionen beschlossen, die Reservierungsquote für Ausbildungsplätze für Frauen bei den landeseigenen Unternehmen umzusetzen.

■ Die Bezahlung der Beschäftigten in **Frauenprojekten** wurde an die Regelungen des Tarifvertrages der Länder angepasst.

■ Rot-Rot-Grün hat Frauenprojekte und den **Kampf gegen Gewalt an Frauen** gestärkt. Im Vergleich zum letzten Haushalt stellt Rot-Rot-Grün für 2018/2019 27,5 Prozent mehr Geld im Anti-Gewalt-Bereich zur Verfügung. Es werden unter anderem mehr Plätze in Frauenhäusern geschaffen und auf die besonderen Bedürfnisse verschiedener Gruppen, wie zum Beispiel Frauen mit Behinderungen, abgestimmt. Die Beratung für Frauen, die von Cyberstalking betroffen sind, wurde ausgeweitet. Um die Aufenthaltsdauer im Frauenhaus nicht wegen fehlendem Wohnraum zu verlängern, werden Frauen bei der Wohnungssuche künftig besonders unterstützt.

■ Jede Frau hat das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Dazu gehören frei zugängliche Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen. Berlin hat deshalb eine Bundesratsinitiative zur **Abschaffung des §219a** einge-



bracht, der das „Werben“ für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Um Ärzt*innen vor Strafverfolgung zu schützen, veröffentlicht die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung selbst eine Liste von Praxiseinrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

■ Da Frauen in den Parlamenten immer noch massiv unterrepräsentiert sind, setzt sich die Linksfraktion für ein **Paritätsgesetz** in Berlin ein, das derzeit erarbeitet wird.

INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG

■ Unter umfangreicher Beteiligung der Stadtgesellschaft und Geflüchteten selbst hat der Senat ein **Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation** von Geflüchteten erarbeitet und im Dezember 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt. Um die politische Teilhabe von Migrant*innen und die interkulturelle Öffnung der Berliner Verwaltung weiter zu verbessern, wurde das Partizipations- und Integrationsgesetz evaluiert und dessen Überarbeitung angestoßen.

■ Berlin war und ist Schutzort und Lebensmöglichkeit für Geflüchtete. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, ist Berlin im Januar 2019 dem Netzwerk „**Solidarity Cities**“ beigetreten.

■ Berlin setzt ein eigenes **humanitäres Aufnahme-programm** für besonders schutzbedürftige und binnenvertriebene Menschen auf. 100 Menschen pro Jahr sollen auf diese Weise in Berlin Schutz und eine neue Heimat finden können. Dabei geht es vor allem um Menschen aus Syrien und Nordirak, wie Jesidinnen und Jesiden, die als Opfer des IS-Terrors dort noch immer bedroht sind.

■ Alle **Notunterkünfte** für Flüchtlinge in Turnhallen und viele Notunterkünfte an weiteren schlecht geeigneten Orten wie dem ICC und dem Rathaus Wilmersdorf wurden frei gezogen und die Unterbringungsbedingungen geflüchteter Menschen werden zunehmend verbessert. Derzeit wird ein Qualitäts- und Beschwerdemanagement für Geflüchteten-Unterkünfte erarbeitet. In den Hangars im Tempelhofer Flughafen sind seit Dezember 2018 keine Menschen mehr untergebracht und der Umzug des Ankunfts-zentrum auf das Gelände des Karl-Bonhoeffer-Klinikums im Lauf des Jahres 2019 wurde durch den Senat beschlossen.

■ Neben den 28 **modularen Unterkünften** für Geflüchtete, die derzeit fertiggestellt werden, werden 25 weitere Standorte geplant. Diese modularen Unterkünfte der zweiten Generation werden Wohnungsgrundrisse haben. Später können sie allen wohnungssuchenden Berliner*innen als bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen.

■ Seit 2017 konnten insgesamt über 6.000 Geflüchtete aus Gemeinschaftsunterkünften in **eigene Wohnungen** umziehen. Die kleinteilige und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen bleibt auch weiterhin eine zentrale integrationspolitische Aufgabe.

■ Alle Geflüchteten, deren Aufenthalt für mindestens ein Jahr anerkannt wurde, erhalten jetzt unabhängig von ihrem konkreten Status einen **Wohnberechtigungsschein** (WBS).

■ Fast 15.000 Geflüchtete gehen inzwischen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Auch hier befinden wir uns auf einem guten Weg, wissen aber auch, dass es noch viel zu tun gibt.

Gerade das Aufenthaltsrecht baut viele Hürden für Geflüchtete auf, die ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. Auch deshalb wurde eine **Expert*innenkommission** gebildet, die die Verfahrenshinweise der Berliner Ausländerbehörde überarbeiten soll, um solche Hürden abzubauen.

■ Um am Leben in Berlin teilhaben zu können, brauchen alle geflüchteten Menschen **Sprachkurse** – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Berlin ermöglicht deshalb auch Sprachkurse für alle Geflüchteten, die keine Kurse vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bekommen, weil ihnen keine „gute Bleibeperspektive“ unterstellt wird.

MOBIL IN DER STADT

■ Mit dem **Mobilitätsgesetz** bringen wir die soziale und ökologische Verkehrswende voran, indem der Umweltverbund aus öffentlichem Nahverkehr, Radverkehr und Zu-Fuß-Gehen Vorrang bekommt. Die ersten Teile des Gesetzes, die im intensiven Dialog mit der Initiative „Radvolksentscheid“ sowie anderen Umwelt- und Verkehrsverbänden erarbeitet wurden, sind im Sommer 2018 verabschiedet worden. Der nächste Teil des Gesetzes, mit dem der Fußverkehr gefördert wird, wird derzeit erarbeitet und soll Mitte 2019 beschlossen werden.

■ Die Investitionen in neue sichere **Radwege** werden massiv erhöht. Geschützte Radstreifen, die farblich beschichtet und durch Poller vom Autoverkehr getrennt sind, werden angelegt und Kreuzungen sicherer gemacht. Über 6.000 Bügel zum Abstellen von Fahrrädern wurden neu installiert.

■ Die Planung neuer **Straßenbahnstrecken** wird vorangetrieben, ein Abkommen mit Brandenburg zur Verbesserung des S-Bahn- und des Regionalverkehrs wurde geschlossen.

■ Um die Kapazitäten im öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen, werden neue Busse, Straßenbahnen, S- und U-Bahnen angeschafft. Wir wollen einen **landeseigenen Fahrzeugpool** für S-Bahnen aufbauen, dafür werden mit



dem Nachtragshaushalt für 2018 die ersten 300 Millionen Euro zurückgelegt.

■ Mit dem neuen **Nahverkehrsplan** für 2019 bis 2030 baut Rot-Rot-Grün das ÖPNV-Angebot in ganz Berlin deutlich aus; Takte werden verdichtet, das Netz erweitert und Barrierefreiheit geschaffen.

■ Die **Tarife** für den Öffentlichen Nahverkehr wurden eingefroren, bis eine neue Tarifstruktur erarbeitet ist. Der Preis des Schülertickets ist zum 1. August 2018 im Tarifbereich AB von 29,50 Euro auf 21,80 Euro pro Monat reduziert worden. Schüler*innen mit berlinpass können seitdem kostenlos fahren. Ab Sommer 2019 wird das Schülerticket für alle Schüler*innen kostenlos. Zudem wird ein Azubiticket für das gesamte VBB-Gebiet

für 365 Euro im Jahr eingeführt. Auch das Jobticket wird günstiger.

■ Rot-Rot-Grün will Todesfälle von Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen durch rechtsabbiegende LKW verhindern. Deshalb hat Berlin eine Initiative für verpflichtende **Abbiegeassistenten** für LKW in den Bundesrat eingebracht, die vom Bundesrat auch angenommen wurde. Außerdem sollen die landeseigenen Betriebe als gutes Beispiel voran gehen und ihre Fuhrparks bis zum Juni 2019 mit Abbiegeassistenten ausrüsten.

■ Auch in Berlin wurden Fahrverbote für alte Diesel gerichtlich angeordnet. Das Verbot ist eine Ohrfeige für die Politik der Bundesregierung gegenüber der Autoindustrie. Um die Verbraucher*innen und die Gesundheit der Menschen zu schützen, haben wir mit Rot-Rot-Grün in Berlin eine Bundesratsinitiative für die verpflichtende **Hardware-Nachrüstung** durch betrügerische Autohersteller auf den Weg gebracht. Bei der Umsetzung der Fahrverbote wollen wir soziale Härten verhindern.

■ Im zweiten Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses zum **Flughafen BER** liegt der Fokus der Linksfraktion auf den Baufirmen. Wir wollen herausfinden, warum die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg in der Vergangenheit Verträge mit Baufirmen zum Nachteil für die Steuerzahler*innen geschlossen hat. Durch die aufgesetzte Vertragsbasis hat sich die Flug-

hafengesellschaft in große Abhängigkeit von Fremdfirmen gebracht.

ENERGIE, KLIMA-, UMWELT- UND TIERSCHUTZ

■ Rot-Rot-Grün hat den **Kohleausstieg** Berlins bis spätestens 2030 beschlossen. Ein wichtiger Meilenstein dafür war das Ende der Kohleverbrennung im Kraftwerk Klingenberg im Mai 2017. Ein weiteres von drei verbliebenen Kohlekraftwerken wird im Winter 2019/2020 vom Netz gehen.

■ Wir wollen die Energieversorgung wieder in die Öffentliche Hand bringen und treiben die **Rekommunalisierung** der **Energienetze** voran. Bei der Vergabe des Stromnetzes geht es voran. Erst wurde eine Klage von Vattenfall gegen das Vergabeverfahren des Senats vor Gericht zurückgewiesen. Jetzt hat die Vergabestelle entschieden, die Konzession für das Stromnetz an das landeseigene Unternehmen BerlinEnergie zu vergeben.

■ Wir haben die von der CDU in der vergangenen Legislaturperiode erzwungenen Einschränkungen für die Betätigung des Berliner **Stadtwerks** aufgehoben und es mit 100 Millionen Euro zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet. Alle Berliner*innen können jetzt Kund*innen des Stadtwerks werden. Berlin kommt auch dank der gestei-



gerten Aktivitäten des Stadtwerks beim Ausbau erneuerbarer Energien auf Dächern voran.

■ Mit dem Beschluss des Berliner **Energie und Klimaschutzprogramms** (BEK) gibt es nun einen Handlungsrahmen für die Klimaschutzpolitik des Landes.

■ **Umweltschutz** ist auch eine Frage der **sozialen Gerechtigkeit**. Ärmere Menschen wohnen oft in Gebieten, die großen Umweltbelastungen ausgesetzt sind. Im März 2019 hat der Senat einen Bericht veröffentlicht, der Umweltbelastungen und soziale Indikatoren auf Ebene der einzelnen Stadtquartiere darstellt. Auf dieser Grundlage müssen jetzt Maßnahmen erarbeitet werden, um Um-

weltbelastungen zu senken und die Lebensqualität in den benachteiligten Stadtquartieren zu erhöhen. Die Linksfraktion setzt sich für eine breite Beteiligung vor Ort ein, um praktikable und soziale Lösungen für eine gesunde Umwelt zu erreichen.

■ Um den riesigen Verbrauch an umweltschädlichen Einwegbechern zu reduzieren, hat die rot-rot-grüne Koalition eine berlinweite Initiative für **Mehrwegbecher** ins Leben gerufen (Better World Cup).

■ Für ein saubereres Berlin wurde die **Parkreinigung** durch die BSR auf weitere Parks ausgeweitet. Um die Stadtnatur zu stärken, werden Parkanlagen erneuert, Parkmanager eingestellt, neue Bäume gepflanzt und alte Bäume besser gepflegt. Die Bezirke haben mehr Personal bekommen, um das illegale Abladen von Sperrmüll zu verhindern.

■ Rot-Rot-Grün will **Trinkwasser** für die Berlinerinnen und Berliner an öffentlichen Plätzen frei zugänglich machen. Dafür werden 100 neue Trinkbrunnen und Trinkwasserspender in der Stadt aufgestellt; 30 waren bis zum Ende des Jahres 2018 schon installiert.

■ Eine **Bioabfalltonne** wird ab April 2019 flächendeckend eingeführt. Damit soll die Menge des gesammelten Bioabfalls verdoppelt und ökologisch hochwertig verwertet werden.

■ Wir haben eine hauptamtliche **Tierschutzbeauftragte** sowie einen Tierschutzbeirat eingesetzt und investieren massiv in die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen.

■ Erstmals hat das **Tierheim** Berlin im Haushalt für 2018/2019 Zuschüsse erhalten, um seine wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

KULTUR FÜR ALLE

■ Rot-Rot-Grün setzt sich **gegen prekäre Beschäftigung** im Kulturbereich ein. Die Mittel für zahlreiche Kulturinstitutionen wurden im Haushalt 2018/2019 erhöht, um vereinbarte Tarifsteigerungen zu finanzieren. Tarifsteigerungen können endlich auch die Beschäftigten bei Zuwendungsempfängern in freier Trägerschaft erhalten. Um Mindesthonorare zahlen zu können, wurden die Mittel in der Projektförderung deutlich erhöht.

■ Wir stärken die **kulturelle Basis** der Stadt in den Bezirken und Kiezen. Die Mittel für die kulturelle Bildung wurden erhöht und der Bezirkskulturfonds wurde verdoppelt.

■ Das Berliner Projektbüro für **Diversitätsentwicklung** sorgt seit 2017 dafür, dass die Vielfalt Berlins im Kulturbereich stärker sichtbar wird und strukturell oder institu-



tionell verankerte Formen von Diskriminierung abgebaut werden.

■ Mit der Einrichtung eines **Festivalfonds** sichert Rot-Rot-Grün dauerhaft die Zukunft der Fête de la Musique und anderer Veranstaltungen, die bisher jedes Jahr auf's Neue um ihre Finanzierung bangen mussten.

■ Dem Ziel, 2.000 **Atelierräume** zu sichern, kommen wir näher. Ende 2018 gab es über 1.000 geförderte Arbeits- bzw. Arbeits- und Wohnräume für Künstler*innen.

■ Mit dem Kauf des **Radialsystems** hat der linke Kultursenator Klaus Lederer einen bedeutenden Kulturstandort für die freie Szene in Landeseigentum gebracht. In der ehemaligen Schauspielschule „Ernst Busch“ entsteht zudem Berlins größtes Produktions- und Probenzentrum der Darstellenden Künste der freien Szene.

■ Die rot-rot-grüne Koalition entwickelt die **Alte Münze** in Mitte als Kulturstandort und hat das für die Sanierung notwendige Geld zur Verfügung gestellt.

■ Mit der Übereinkunft, die Intendanz der **Volksbühne** neu zu besetzen, wurden die Weichen gestellt, um dort wieder einen herausragenden Ensemble- und Repertoirebetrieb aufzubauen.

■ Die Zukunft des **Theaters am Kurfürstendamm** konnte gesichert und ein jahrelanger Konflikt beendet werden.

■ Um Anwohner*innen von Clubs vor Lärm zu schützen und gleichzeitig Clubkultur in der Innenstadt weiter zu ermöglichen, wurde eine Million Euro für einen **Lärmschutzfonds** zur Verfügung gestellt. Damit können zum Beispiel Lärmschutzwände oder schallschluckende Einbauten in den Clubs finanziert werden.

■ Die Bezirke erhalten deutlich mehr Mittel, um Lehrer*innen an **Musikschulen** fest anstellen zu können und zusätzliches Geld für die Jugendkunstschulen.

■ Deutlich gestärkt wurden auch die **Kinder- und Jugendtheater** mit überproportional höheren Mittelzuweisungen im Haushalt 2018/2019. Weitere Angebote kultureller Bildung wurden ebenfalls ausgebaut und finanziell gestärkt.

■ Durch den **Hauptstadtfinanzierungsvertrag** erhält Berlin in den kommenden zehn Jahren mehr Geld für Kultur vom Bund.

■ Die Förderung des Forschungs- und Kompetenzzentrums **Digitalisierung** Berlin konnte verstetigt werden, dadurch können kulturelle Werke digitalisiert und über das Internet dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht werden.

■ Die **öffentlichen Bibliotheken** Berlins sind die meistgenutzten Kultureinrichtungen der Stadt. Um diese für die Zukunft fit zu machen, haben die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen einen neuen Bibliotheksentwicklungsplan auf den Weg gebracht.

■ Die rot-rot-grüne Koalition hat mit der Standortentscheidung für den Neubau der **Zentral- und Landesbibliothek (ZLB)** eine wichtige Zukunftsentscheidung für eine moderne Zentralbibliothek im Netz der Berliner Bibliotheken getroffen.

■ Die Bebauung des Gartens des **Magnus-Hauses** für eine Siemens-Repräsentanz konnte verhindert werden. Das letzte barocke Stadtpalais in Mitte bleibt somit als bauliches Juwel erhalten.

■ Im **Kulturerbejahr** 2018 stand das Gemeinschaftliche und Verbindende des europäischen Kulturerbes im



Mittelpunkt. Veranstaltungen und Projekte vermittelten gemeinsame europäische Geschichte, vom Gendarmenmarkt bis in die Kieze.

■ Mit dem **Kulturzug** nach Wrocław, der Mitwirkung im Europäischen Städtenetzwerk oder mit Kulturveranstaltungen in Brüssel wurden weitere Beiträge zum kulturellen Zusammenhalt Europas geleistet.

GESUNDHEIT

■ Die **Charité Facility Management GmbH (CFM)** wurde **rekommunalisiert**. Die CFM ist für die nichtmedizinischen und nichtpflegerischen Dienstleistungen an der Charité zuständig und war zu 49 Prozent in privatem

Besitz. Seit Januar 2019 gehört sie wieder vollständig der Charité und damit dem Land Berlin. Rückwirkend ab Dezember 2017 erhalten die Beschäftigten bei der CFM einen Grundlohn von 11 Euro pro Stunde, in den unteren Gehaltsgruppen bedeutet das eine Erhöhung zwischen 10 und 16 Prozent.

■ Mit dem Haushalt 2018/2019 und den Sonderprogrammen für die wachsende Stadt wurden die Investitionsmittel für die **Krankenhäuser** zunächst auf 140 Millionen im Jahr 2018 und 160 Millionen im Jahr 2019 erhöht. Darüber hinaus haben sich die rot-rot-grünen Fraktionen in den Haushaltsberatungen darauf geeinigt, die Ausgaben für die Krankenhäuser um weitere 20 Millionen Euro aus den Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA) aufzustocken. Zusätzlich werden 20 Millionen Euro für den KreiBsaal-Ausbau zu Verfügung gestellt. Mit dem Nachtragshaushalt bekommt Vivantes zudem eine Eigenkapitalzuführung von 164 Millionen Euro, insbesondere für die umfangreiche Sanierung und Erweiterung des größten Vivantes-Klinikums in Neukölln. Die Charité bekommt 10 Millionen Euro zusätzlich, um insbesondere ihren OP-Bereich am Standort in Mitte zu sanieren. Rot-Rot-Grün hat insofern eine Trendwende bei der Krankenhaus-Finanzierung eingeleitet, dass der Zusammenhang zwischen einer unzureichenden öffentlichen Investitionspolitik und dem überall spürbaren Personalmangel in den Kliniken endlich erkannt wurde.



■ Anfang Oktober 2018 hat die **Clearingstelle** für Menschen ohne Krankenversicherung bei der Stadtmission am Hauptbahnhof eröffnet. Die Clearingstelle prüft als Erstanlaufstelle, ob Menschen ohne Versicherungskarte dennoch Anspruch auf Leistungen haben. Das Ziel ist es, die Menschen in die Versicherung bei einer Krankenkasse zu vermitteln. Zudem haben die rot-rot-grünen Fraktionen im Haushalt für 2018 und 2019 Geld eingeplant, um einen anonymen Krankenschein zu finanzieren.

■ Der Kampf gegen AIDS und die **HIV-Prävention** werden mit deutlich mehr Geld gestärkt. Ein Modellprojekt zur HIV-Prophylaxe hat im Oktober 2018 seine Arbeit aufgenommen.

■ Der Senat hat eine Bundesratsinitiative für eine **solidarische Bürgerversicherung** eingebracht.

■ Um gesundheitliche Risiken für Drogenkonsument*innen insbesondere in der Clubszene zu verringern, ist das Projekt **drug-checking** in Vorbereitung, bei dem Beratungsstellen Substanzen zur Analyse entgegennehmen sollen.

FUNKTIONIERENDE VERWALTUNG, STARKE BEZIRKE

■ Um die **Bezirke** in die Lage zu versetzen, ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, wurden ihnen für 2018 insgesamt 9.125 Millionen Euro zugewiesen, für 2019 insgesamt 9.235 Millionen Euro.

■ Die Vorgaben für den Personalabbau in den Bezirken wurden endlich abgeschafft und Mittel für **neue Stellen** bereitgestellt. Die Bezirke bekommen als zusätzliche Personalmittel 60 Millionen Euro für 2018 und 70 Millionen Euro für 2019. In 2018 können die Bezirke von den 60 Millionen Euro rund 41 Millionen Euro in eigener Verantwortung belegen, das entspricht mehr als 800 Vollzeitstellen.

■ Durch mehr Personal und eine bessere Organisation konnte die **Wartezeit** bis zu einem freien Termin in den Bürgerämtern, KFZ-Zulassungsstellen und Standesämtern spürbar **verkürzt** werden. Damit endlich wieder alle Dienstleistungen der Verwaltung kontinuierlich und

innerhalb von vertretbaren Fristen zur Verfügung stehen, bleibt aber noch Einiges zu tun.

■ Um die **Beamtenbesoldung** bis 2021 an das Niveau der anderen Bundesländer anzupassen, hat Berlin erste Schritte gemacht. Die Besoldungsanpassung wurde 2018 und 2019 jeweils zwei Monate vorgezogen, die Besoldungserhöhung liegt dabei um mehr als einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der anderen Länder. Auch die Selbstbeteiligung der Beamt*innen bei den Gesundheitskosten wurde abgeschafft.

SICHERHEIT STATT ÜBERWACHUNG

■ Mehr Sicherheit kann nicht durch Videoüberwachung, sondern nur durch mehr **Polizist*innen** vor Ort geschaffen werden. Mit dem Haushalt 2018/2019 hat Rot-Rot-Grün 795 neue Stellen bei der Polizei geschaffen. In den öffentlichen Verkehrsmitteln sind Doppelstreifen von Polizist*innen und BVG-Mitarbeiter*innen eingeführt worden. Mit der neu errichteten Alexwache wird für mehr Sicherheit auf dem Alexanderplatz gesorgt. Durch mobile Wachen entsteht zudem eine bessere Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort.

■ Der Investitionsstau der letzten 15 Jahre bei Polizei und **Feuerwehr** wird angegangen und ihre Ausstattung verbessert.

- Der Einsatz von **V-Leuten** bei Polizei und Verfassungsschutz wurde **eingeschränkt** und muss durch die jeweils politisch verantwortliche Führungsebene genehmigt werden.
- Die sinnlose **Null-Toleranz-Zone** gegen Drogendelikte im Görlitzer Park ist wieder **abgeschafft** worden.
- Die schon unter der Vorgängerregierung beschlossene Erleichterung der **parlamentarischen Kontrolle** von **Funkzellenabfragen** wurde ernsthaft umgesetzt.
- Auch in Bezug auf die von der Polizei als „kriminalitätsbelastet“ eingestuft Orte hat Rot-Rot-Grün **mehr Transparenz** geschaffen. Diese werden jetzt veröffentlicht.
- Mit dem Doppelhaushalt wurden auch 247 neue Stellen im Bereich der **Gerichte und Staatsanwaltschaften** geschaffen. Rot-Rot-Grün sorgt damit für den größten Stellenzuwachs in der Berliner Justiz seit der Wiedervereinigung.
- Die Linksfraktion setzt sich innerhalb der Koalition dafür ein, dass als unabhängige Beschwerdestelle ein Bürger- und **Polizeibeauftragter** eingerichtet wird. Wir wollen, dass diese Stelle sowohl für Bürger*innen als auch Beamt*innen, die auf Missstände bei der Polizei hinweisen wollen, ansprechbar ist.

■ Um den Terroranschlag am Breitscheidplatz aufzuklären, wurde Bruno Jost vom Senat als Sonderermittler beauftragt. Nachdem dieser Versäumnisse beim LKA aufdeckte, hat das Abgeordnetenhaus von Berlin einen **Untersuchungsausschuss** eingesetzt.

SPORT

■ Durch eine mehrjährige Fördervereinbarung mit dem **Landessportbund** Berlin und deutlich mehr Geld im Haushalt für 2018/2019 erhält der Breiten- und Leistungssport Planungssicherheit. Zum Beispiel profitieren hiervon die Bezirkssportbünde durch jeweils eine halbe Stelle zur Unterstützung des Sportbetriebs im Bezirk.

■ Um für zuverlässige Öffnungszeiten zu sorgen, wurde auch für die **Berliner-Bäder-Betriebe** mehr Geld für Personal und Instandhaltung im Haushalt eingestellt. Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen haben außerdem die Überarbeitung des Bäderkonzeptes angestoßen, um soziale Eintrittspreise zu garantieren und den Service in den Bädern zu verbessern.

Dazu gehören auch ein klarer Fahrplan für die Sanierung der Bäder ab 2019 und die Erarbeitung eines Unternehmensvertrages.

Um die Sanierung voranzutreiben, haben die Berliner-Bäder-Betriebe mit dem Nachtragshaushalt nochmal zusätzliches Geld bekommen.

■ Um die Sportanlagen der **Bezirke** zu sanieren, werden weiterhin 18 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt.

■ Sport und Bewegung brauchen mehr Platz in der Stadt. Die Bezirke erhalten deshalb zusätzliche Gelder, um bis Ende 2019 **Sportentwicklungspläne** zu erarbeiten.

■ Wir wollen die Schulbauoffensive nutzen, um **Sportflächen** auszubauen. Beim Bau der Sporthallen und -plätze an Schulen sollen zusätzliche, über den Unterrichtsbedarf hinausgehende, Kapazitäten geschaffen werden.

■ Zur schnellen Sanierung der **Turnhallen**, die als Flüchtlingsunterkünfte genutzt worden sind, sind den Bezirken im Frühjahr 2017 zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Zudem wurden die betroffenen Sportvereine finanziell entschädigt.

■ **Leistungssportler*innen** können nun auch eine Ausbildung bei der Berliner Verwaltung und den Berliner Unternehmen mit Beteiligung des Landes absolvieren. Damit sind Sportler*innen für eine Ausbildung im öffentlichen Sektor nicht mehr nur auf die Bundeswehr oder die Bundespolizei angewiesen.

WISSENSCHAFT

■ Mit den **Hochschulverträgen** bekommen die Hochschulen bis 2023 jedes Jahr 3,5 Prozent mehr Geld und damit sichere finanzielle Rahmenbedingungen.

Rot-Rot-Grün geht gegen prekäre Beschäftigung im Wissenschaftsbereich vor: Für Daueraufgaben werden auch Dauerstellen geschaffen; mindestens 35 Prozent des Personals soll dauerhaft unbefristet beschäftigt werden, die Mindestvergütung für Lehrbeauftragte wurde 2018 von 24,50 Euro auf 35 Euro erhöht und 2019 auf 37,50 Euro.

■ Es konnte eine Einigung über den Tarifvertrag für **studentische Hilfskräfte** erzielt werden. Nach 17 Jahren Stagnation bekommen studentische Hilfskräfte nun 12 Prozent mehr Lohn. Die weiteren Lohnsteigerungen, aber auch die Anbindung an den Tarifvertrag der Länder verhindern zukünftig, dass studentische Hilfskräfte wieder von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden.

■ An den Hochschulen werden mehr **Lehrer*innen** ausgebildet. Die Absolvent*innenzahl wird bis zum Jahr 2022 pro Jahr von 1.000 auf 2.000 Lehrkräfte verdoppelt.

■ Für die Beschäftigten der **Bibliotheken** an der FU Berlin wurde eine bessere Vergütung erreicht.

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5 | 10111 Berlin

fon: 030.23252500 | fax: 030.23252515

V.i.S.d.P. Stefanie Graf

Bildnachweise: Stefanie Graf (S.29), Ben Gross Photography (S.3),

Thomas Herbell (S. 4, 35, 38), IStock.com/CasarsaGuru (S.15),

IStock.com/kali9 (S.19), IStock.com/rawpixel (S.20),

IStock.com/filadendron (S.24), IStock.com/amriphoto (S.40),

Fotografierende/Pixabay_CC0 (S.9)

Berlin, April 2019 | Auflage 7.000

www.linksfraktion.berlin



Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

